

## **Staatsziel Kultur**

Als letztens der Sichtbar Mainz e. V. in die Fraktionssitzung der Linken gekommen ist, haben die Vorständ\*innen ihre seit langem bekannten Herausforderungen beschrieben: Erfreulicherweise gibt es immer mehr Menschen, die das kulturelle Angebot in der Bar jeder Sicht und das Beratungsangebot des Vereins in Anspruch nehmen. Allerdings sind die aktuellen Räume in vielerlei Hinsicht nicht optimal. Wir als Linke unterstützen aus voller Überzeugung die Suche nach größeren Räumlichkeiten und voneinander trennbaren Räumen zwischen Gastronomie, Kultur und Beratung. Die Linke Mainz/Mainz-Bingen fordert Kultur als kommunales Staatsziel, denn Kultur hilft den Menschen einer Stadt, sich auszudrücken und miteinander in den Austausch zu kommen. Dies ist gerade für Kulturen mit Diskriminierungserfahrung relevant. Sie müssen sich im Besonderen austauschen, sich in der Öffentlichkeit zeigen und Akzeptanz einfordern. Daher ist die Bar jeder Sicht als einziges kulturelles queeres Zentrum der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt sehr wichtig. Die Stadt Mainz hat also eine Verantwortung über die Stadtgrenzen hinaus. Die Linke wird die queere Community bei ihrer Suche nach einem geeigneten Standort vollumfänglich unterstützen.

## **Mehr Geld für queere Projekte**

Die Linke engagiert sich außerdem dafür, dass der Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LSBTIQ beim Oberbürgermeister im kommunalen Haushalt mehr Budget und mehr Personal eingeräumt wird. So kann die Stadt die Vereinsvielfalt in Mainz fördern und bei der Umsetzung ihrer Vereinsziele sinnvoll unterstützen. Die Linke fordert ebenso die auf Langfristigkeit angelegte finanzielle Beteiligung nicht nur an singulären Projekten oder jährlich wiederkehrenden Projekten wie dem CSD, sondern wir wollen auch kontinuierliche Projekte wie die angesprochene queere Kulturpflege des Sichtbar Mainz e. V oder die Beratung von z. B. dem Frauenzentrum oder der dgti fördern und damit nicht nur die Projekte als solche stärken, sondern auch die mehrheitlich ehrenamtliche Leistung der Vereine anerkennen.

Die Linke Mainz/Mainz-Bingen will die Mainzer Schulen dazu anregen, mehr Kooperationen mit queeren Schulentwicklungsprojekten einzugehen, um Konzepte für einen diskriminierungsärmeren und sensiblen Umgang mit jungen queeren Menschen zu erarbeiten. Für Lehrer\*innen sollen die Hürden für queersensiblen Unterricht abgebaut werden und ihnen Materialien aufbereitet werden. Die Stadt Mainz soll nach dem Willen der Linken Fortbildungen fördern und dazu animieren, das Schulcurriculum zur Sexualerziehung in ein fächerverbindendes Curriculum zur sexuellen und geschlechtsidentitären Aufklärung umzubauen.

## Schutz für queere Menschen

Gewalt gegen die queere Community häuft sich. Vor diesem Hintergrund ist die steigende Inanspruchnahme von Beratungsangeboten natürlich besorgniserregend. Uns allen ist klar, dass wir in einer Welt leben wollen würden, in der solche Beratungsangebote gar nicht nötig wären. Die Mainzer Plätze und Straßen müssen Orte sein, die einladend und sicher sind. Die Linke will, dass die Stadt Mainz die Akteur\*innen des Nachtlebens mit Kampagnen dafür sensibilisiert, welche Gruppen Gewalt besonders ausgesetzt sind. Mit ihnen sollen Konzepte erarbeitet werden, wie Gewalt vorgebeugt werden kann und wie in einem Fall von Gewalt reagiert werden muss. Wir heben dabei lobend das Konzept der *Queer ins Wochenende* des Queerreferats der Universität Mainz hervor, dass Partygänger\*innen ein Begleitservice angeboten wird. Die Linke setzt sich außerdem für die Ausgabe von Verhütungsmitteln und die Aufklärung über sexuell übertragbare Krankheiten ein.

Auch in öffentlichen Verkehrsmitteln müssen sich queere Menschen sicher fühlen, auch allein. Daher will die Linke Mainz/Mainz-Bingen Fortbildungen für Fahrer\*innen und eine vereinfachte Kooperation zwischen der MVG und den Clubbetreiber\*innen. Nach dem Frankfurter Vorbild soll es nachts möglich sein, zwischen Haltestellen aussteigen zu können. Der MainzRider soll als günstigere Alternative zum Taxi ausgebaut werden und auch in angrenzende Gemeinden fahren.

Institutionalisierter Menschenhass darf in Mainz keinen Platz finden. Die Linke bekämpft als antifaschistische Partei schon immer Nazis. Das rechtsextreme Zentrum Rheinhessen darf nie wieder eröffnen und auch für keine andere Nazikaderschmiede ist Platz in Mainz. Wir bekämpfen die AfD und ihre politischen Ziele.

Gewalt trifft öfter auf strukturell mehrfach diskriminierte Menschen zu. Daher setzt sich die Linke für die Aufnahme von queeren Geflüchteten ein und steht für sichere Aufnahmeeinrichtungen ein. Die städtischen Kapazitäten sollen erweitert werden. Im Rahmen der kommunalen Macht soll sich Mainz gegen die illiberale Bezahlkarte stellen und sich bundesweit für einen menschenrechtskonformen Umgang mit Geflüchteten einsetzen.

Vieles kann die Stadt Mainz mit ihren Kapazitäten umsetzen. Doch müssen wir in Mainz das Rad nicht neu erfinden. Mit einem Beitritt zum *Rainbow City Network* könnten wir mit anderen Städten Kräfte bündeln und von bereits Erarbeitetem profitieren.

## **Günstiger Wohnraum**

Mainz zählt zu den zehn teuersten Städten in ganz Deutschland. Das ist eine schwere Belastung für alle Menschen in Mainz, doch trifft es strukturell benachteiligte Menschen, wie z. B. junge queere Menschen, die keine Unterstützung von ihren Eltern erhalten, besonders stark. In dem Zusammenhang begrüßt die Linke Mainz/Mainz-Bingen das Vorhaben des Sichtbar Mainz e. V., dauerhafte Räumlichkeiten für eine Notunterkunft einzurichten. Wir brauchen deutlich mehr sozialgeförderten Wohnraum und viel mehr kommunale Wohnungen. Die Stadt muss ihrer Aufgabe, bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, nachkommen. Die Gewinnabsicht der Wohnbau muss verboten werden. Dies ist insofern doppelt brisant, da die kommunale Wohnbau das queere Wohnprojekt *Queer im Quartier* trägt. Natürlich ist auch hier der Bedarf größer als das Angebot. Die Linke will, dass die Stadt weitere Kapazitäten für queere Mietprojekte schafft und günstig anbietet. Die Stadt Mainz muss alle gesetzlichen Mittel ausschöpfen, um gegen die steigenden Mieten anzukämpfen. Dies kann sie bspw. mit Milieuschutzsatzungen und einer konsequenten Durchsetzung der Zweckentfremdungsverbotssatzung tun.